



ORGA LG.Philips

## RESOLUTION gegen LEIHARBEIT



KAB-Betriebsgruppe  
LG.Philips Displays

Am 29. Januar 2010 haben sich ehemals Beschäftigte der LG.Philips Displays Aachen aus Anlass des vierten Jahrgedächtnisses zur Insolvenz des Glaswerkes am 27. Januar 2006 getroffen. Deutlich wurde, dass die Kolleginnen und Kollegen Opfer des 2003 von der rot-grünen Regierungskoalition im Rahmen der Agenda 2010 liberalisierten Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes wurden.

### **Leiharbeit ist ungerecht, unmenschlich, unwürdig und ausbeuterisch!**

Unsere persönlichen Erfahrungen belegen, dass das Jobwunder Leiharbeit wie eine Seifenblase geplatzt ist.

- § Leiharbeit verdrängt reguläre Jobs. Das Beispiel ‚Schlecker‘ stellt hier nur die Spitze des Eisbergs dar. Des Weiteren ist Leiharbeit keine Brücke - mit dem versprochenen Klebefekt - zu regulären Jobs. Die Unternehmen senken ihre Kosten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer landen in Leiharbeiter-Karrieren und mittel- bzw. langfristig in HartzIV.
- § Einkommen aus Leiharbeit sind nicht Existenz sichernd. Vielmehr erfahren Leiharbeiter, dass sie aufstockende Hilfen beantragen müssen und ihre Rentenansprüche drastisch sinken.
- § Leiharbeit ist schlechte Arbeit. Bei gleicher Arbeit und gleicher Qualifikation gegenüber regulär in den Betrieben Beschäftigten, sind die Einkommen deutlich niedriger, haben sie keine Ansprüche auf Sonderleistungen und hebt Leiharbeit die betriebliche Mitbestimmung aus.
- § Leiharbeit ist Arbeit zweiter Klasse. Leiharbeiter unterliegen unmenschlicher Flexibilitätsanforderungen und einer hohen psychischen Belastung, sie müssen ihre Arbeitskosten selbst tragen, das Privatleben leidet darunter, eine Lebensplanung wird unmöglich gemacht und im Betrieb werden sie als Bedrohung erfahren, weil ‚die es ja billiger machen‘,

Wir – die ehemals Beschäftigten der LG.Philips Displays Aachen - fordern deshalb

- § Mit der Einstellung steht die Entlassung schon fest! Die Einstellung von Beschäftigten nur für die Dauer des Verleihs muss gesetzlich verboten werden.
- § Wir fordern eine gesetzliche Regulierung der Leiharbeit, damit der Gleichstellungsgrundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit für alle Arbeitnehmer gilt.
- § Die Politik ist gefordert, die Geschäftspolitik in der Leiharbeitsbranche zu beenden, weil Menschen zu Waren degradiert und zu Billigkonditionen verhökert werden.
- § Wir sind erfreut zu hören, dass das Landesarbeitsgerichts Berlin die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften Zeitarbeit (CGZP) als „nicht tariffähig“ erklärte. Wir fordern zudem eine Ausweitung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte von Leiharbeitern als vollwertige Arbeitnehmer in den Entleihfirmen. Die Kontroll- bzw Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten im Rahmen der Einstellung, Vergütung und Quotierung von Leiharbeitern sind auszuweiten.

### **Macht Schluss mit der Leiharbeit und der modernen Sklaverei – gute Arbeit für alle!**

Aachen, den 29.01.2010